

62. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 07.02.2019

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Schriftführer Lothar Kipp		
Gremiumsmitglieder: Betina Mäusel Johann Zehetmair Manfred Axenbeck Josef Ebert Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Franz Klietsch Johannes Mecke Gertrud Mörke Günter Peischl Andreas Post Marianne Rader Jutta Schödl Philipp Schwarz Franz Solfrank Simone Spratter Manfred Unterstein Thomas Weingärtner		
	Manuel Prieler Gerda Settele	

62. Sitzung des Gemeinderates vom 07.02.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Entschuldigt fehlen die Gemeinderatsmitglieder Frau Settele und Herr Prieler.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

837 23 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 23 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2019, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

838 23 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Finanzausschusses gefassten Beschlüsse werden Beschlüsse in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung nicht mehr bestehen:

G161, FIN 22.10.2018, Stellenplan für 2019
G174, FIN 19.11.2018, Grundsteuerhebesätze A und B für 2019
G175, FIN 19.11.2018, Gewerbesteuerhebesatz für 2019
G176, FIN 19.11.2018, Hundesteuer für 2019
G177, FIN 19.11.2018, Erhebung von Gebühren für Kindergärten,
Kinderkrippen, den Hort sowie die Kindertagespflege
G178, FIN 19.11.2018, Aufwendungs- und Kostenersatz für FFW-Einsätze
G188, FIN 22.01.2019, Verwaltungs- und Vermögenshaushalt 2019 mit
Finanzplan 2018 - 2022
G189, FIN 22.01.2019, Haushaltssatzung 2019

AZ 024
Hauptamt

62. Sitzung des Gemeinderates vom 07.02.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

839 23 **Bestellung eines neuen zweiten Verbandsrats im Zweckverband des staatlichen Gymnasiums Garching**

Mit Beschluss in der konstituierenden Sitzung des Gemeinderats am 08.05.2014, Nr. 18, wurde das Gemeinderatsmitglied Herr Peischl gemäß Art. 31 Absatz 1 Satz 3, Abs. 2 Satz 3 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) i.V.m. § 9 Abs. 2 Satz 1 der Zweckverbandssatzung als zweiter Verbandsrat der Gemeinde Unterföhring in den Zweckverband des staatlichen Gymnasiums Garching entsandt.

Herr Peischl hat mit E-Mail vom 05.12.2018 mitgeteilt, dass er aus beruflichen Gründen die Funktion des Verbandsrats nicht mehr ausüben kann und aus diesem wichtigen Grunde dieses Amt gemäß Art. 30 Abs. 3 Sätze 1 und 2 KommZG niederlegt.

Die Feststellung, ob ein wichtiger Grund besteht, obliegt dem Gemeinderat (Art. 30 Abs. 3 Satz 3 KommZG).

Gemäß § 9 Abs. 2 Satz 1 der Zweckverbandssatzung hat die Gemeinde Unterföhring neben dem ersten Bürgermeister, der Kraft Amt Verbandsrat im Zweckverband ist (Art. 31 Abs. 2 Satz 1 KommZG), einen zweiten Verbandsrat zu bestellen.

Daher ist bei Ausscheiden des bisherigen zweiten Verbandsrats, Herrn Peischl, ein entsprechender Nachfolger zu bestimmen.

Folgender Vorschlag zur Bestellung als zweiten Verbandsrat wurde benannt: Frau Gertrud Mörike.

Zunächst lässt der Vorsitzende über die Feststellung eines wichtigen Grundes abstimmen (Art. 30 Abs. 3 Satz 3 KommZG).

Beschluss: 22 : 0

Das Gremium nimmt die Erklärung des Gemeinderatsmitglieds Herrn Peischl zur Kenntnis und stellt gemäß Art. 30 Abs. 3 Satz 3 KommZG fest, dass ein wichtiger Grund zur Ablehnung der Fortführung des Amtes als zweiter Verbandsrat im Zweckverband des staatlichen Gymnasiums Garching vorliegt (Art. 30 Abs. 3 Satz 2 KommZG).

Das Gemeinderatsmitglied Herr Peischl hat sich gemäß Art. 49 Abs. 1 GO an der Beratung und Beschlussfassung nicht beteiligt.

Anschließend lässt der Vorsitzende über die Abbestellung von Herrn Peischl sowie über den/die Vorschläge zur Bestellung als zweiten Verbandsrat abstimmen.

Beschluss: 23 : 0

Gemäß Art. 31 Absatz 1 Satz 3, Abs. 2 Satz 3 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) i.V.m. § 9 Abs. 2 Satz 1 der

62. Sitzung des Gemeinderates vom 07.02.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Zweckverbandssatzung wird Herr Peischl als zweiter Verbandsrat abberufen und neu als zweite Verbandsrätin der Gemeinde Unterföhring Frau Gertrud Mörike bestellt.

AZ 050
Hauptamt

840

23

Haushalt 2019 (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Finanzausschuss) **Grundsteuerhebesätze A und B 2019**

Im Entwurf des Haushaltsplanes 2019 wird die Grundsteuer A und B jeweils mit dem Hebesatz 250 v. H. veranschlagt. Der Ansatz bei der Grundsteuer A beträgt 7.500 €, bei der Grundsteuer B 2,6 Mio. €.

Der Finanzausschuss empfiehlt mit Beschluss vom 19.11.2018, Nr. G174, den Hebesatz für die Grundsteuer A und B im Haushaltsjahr 2018 jeweils bei 250 v. H. zu belassen.

Beschluss: 23 : 0

Der Hebesatz bei den Grundsteuern A und B wird weiterhin jeweils bei 250 v. H. belassen.

AZ 9241
Finanzen

841

23

Haushalt 2019 (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Finanzausschuss) **Gewerbsteuerhebesatz 2019**

Im Entwurf des Verwaltungshaushalts 2019 wird die Gewerbsteuer mit dem Hebesatz 330 v. H. veranschlagt. Der Ansatz bei der Gewerbsteuer beträgt 90 Mio. €.

Mit Beschluss vom 19.11.2018, Nr. G175, wird vom Finanzausschuss empfohlen, den Hebesatz für die Gewerbsteuer im Haushaltsjahr 2019 bei 330 v. H. zu belassen.

Beschluss: 23 : 0

Der Hebesatz bei der Gewerbsteuer wird weiterhin bei 330 v. H. belassen.

AZ 9242
Finanzen

62. Sitzung des Gemeinderates vom 07.02.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

842 23

Haushalt 2019 (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Finanzausschuss) **Erhebung von Hundesteuer 2019**

Der Bürgermeister verweist auf den GR-Beschluss vom 14.12.2000, Nr. 868, in dem der Erlass der Hundesteuersatzung zum 01.01.2001 beschlossen wurde, sowie auf den Beschluss vom 19.04.2012, Nr. 760, in welchem der Gemeinderat eine Neufassung der Hundesteuersatzung, gültig ab 01.05.2012, zugestimmt hat.

Der Finanzausschuss empfiehlt mit Beschluss vom 19.11.2018, Nr.G176, die Erhebung von Hundesteuer weiterhin gemäß der ab 01.05.2012 gültigen Satzung zu vollziehen.

Beschluss: 23 : 0

Die Erhebung von Hundesteuer ist weiterhin gemäß der ab 01.05.2012 gültigen Satzung zu vollziehen.

AZ 9243
Finanzen

843 23

Haushalt 2019 (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Finanzausschuss) **Erhebung von Gebühren für die Kindergärten, Kinderkrippen, den Hort und die Kindertagespflege**

Der Vorsitzende bringt Art. 62 Abs. 2 GO in Erinnerung, in dem auf die Rangfolge der Einnahmebeschaffung verwiesen wird. Art. 62 GO gibt eine verbindliche Reihenfolge der Einnahmebeschaffung vor, die keinen Ermessensspielraum bietet. Auch die Tatsache, dass eventuell höhere Steuereinnahmen (insbesondere aus der Gewerbesteuer) eingehen, rechtfertigt keinen Verzicht auf Gebühren und Beiträge.

Diese sind gemäß Art. 62 Abs. 2 GO vorrangig gegenüber Steuern und insbesondere gegenüber Kreditaufnahmen zu erheben. Eine Kreditaufnahme ist im Finanzplan bis 2022 nicht vorgesehen.

Der Bürgermeister verweist auf den GR-Beschluss vom 08.02.2018, Nr. 670, in dem der Gemeinderat zuletzt – für das Haushaltsjahr 2018 – auf die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Kindergärten, Kinderkrippen, den Hort und die Kindertagespflege weiterhin verzichtet hat.

Des Weiteren wird auf den GR-Beschluss vom 12.10.2006, Nr. G772, verwiesen, in dem zugestimmt wurde, dass für alle Unterförhinger Kindertageseinrichtungen die Trägerschaft auf die Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Oberbayern e.V. übertragen wird, um die vollen Fördermittel auszuschöpfen. Die entgangenen Gebühren (Elternbeiträge) werden seither als freiwillige Leistung der Gemeinde an die Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Oberbayern e.V. erstattet.

62. Sitzung des Gemeinderates vom 07.02.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Mit Beschluss vom 19.11.2018, Nr.G177, empfiehlt der Finanzausschuss, auf die Erhebung von Gebühren für die Kindergärten, Kinderkrippen, den Hort sowie die Kindertagespflege auch in 2019 zu verzichten und das Defizit (entgangene Elternbeiträge) wie in den Vorjahren als freiwillige Leistung für die Bürger zu übernehmen.

Die von der Gemeinde bezuschusste Gebührenfreiheit (entgangene Elternbeiträge) beträgt für das Haushaltsjahr 2019, 1.594.000 € (HHStellen .7180). Die Summe der Gesamtausgaben der Gemeinde für die Kindertageseinrichtungen (inkl. der Gebührenfreiheit) beträgt insgesamt 12.821.700 €.

Beschluss: 23 : 0

Auf die Erhebung von Gebühren für die Kindergärten, Kinderkrippen, Kindertagespflege und den Hort wird in 2019 weiterhin verzichtet.

Das Defizit (entgangene Elternbeiträge) übernimmt wie in den Vorjahren die Gemeinde als freiwillige Leistung für ihre Bürger.

AZ 930
Finanzen

844 23 **Haushalt 2019 (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Finanzausschuss)**
Aufwendungs- und Kostenersatz bei Einsätzen der Feuerwehr

Nach Art. 28 Abs. 1 Satz 1 BayFWG steht es im Ermessen der Gemeinde, Aufwendungs- und Kostenersatz zu verlangen. Allerdings gilt Art. 61 und 62 GO, wonach auf eine wirtschaftliche und sparsame Haushaltsführung zu achten ist.

Mit Beschluss vom 19.11.2018, Nr. G178, wird vom Finanzausschuss empfohlen, auf die Erhebung eines Aufwendungs- und Kostenersatzes bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr weiterhin zu verzichten.

Beschluss: 23 : 0

Auf die Erhebung eines Aufwendungs- und Kostenersatzes bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr wird weiterhin verzichtet.

AZ 930
Finanzen

62. Sitzung des Gemeinderates vom 07.02.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

845

23

Haushalt 2019 (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Finanzausschuss) **Stellenplan 2019**

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern im Vorfeld zur heutigen Sitzung ein Entwurf des Stellenplanes für die Beamten und Beschäftigten als Anlage im Haushaltsplan 2019 zugestellt wurde.

Mit Beschluss vom 22.10.2018, Nr. G161, empfiehlt der Finanzausschuss, den vorgelegten Stellenplan für die Beamten und Beschäftigten für das Jahr 2019 zu genehmigen.

Beschluss: 23 : 0

Der Stellenplan für die Beamten und Beschäftigten für das Jahr 2019 wird genehmigt.

AZ 941
Finanzen

846

23

Haushalt 2019 (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Finanzausschuss) **Haushaltsplan für das Jahr 2019**

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern im Vorfeld zur heutigen Sitzung ein Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2019 zugestellt wurde.

Die Beschlüsse des Finanzausschusses vom 22.10.2018, Nr. G161, (Stellenplan 2019) und vom 22.01.2019, Nr. G188 (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt 2019 mit Finanzplan 2018 - 2022) werden bekannt gegeben.

Der Finanzausschuss empfiehlt,
den Entwurf des Verwaltungshaushalts 2019, der in den Einnahmen und Ausgaben mit 136.602.200,00 € abschließt,
sowie
den Entwurf des Vermögenshaushalts, der in den Einnahmen und Ausgaben mit 177.117.800,00 € abschließt,
zu genehmigen.

Beschluss: 23 : 0

Der Entwurf des Verwaltungshaushalts 2019, der in den Einnahmen und Ausgaben mit 136.602.200,00 € abschließt, wird genehmigt.

Auch dem Entwurf des Vermögenshaushalts 2019, der in den Einnahmen und Ausgaben mit 177.117.800,00 € abschließt, wird zugestimmt.

AZ 941
Finanzen

62. Sitzung des Gemeinderates vom 07.02.2019

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

847 23

Haushalt 2019 (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Finanzausschuss) Finanzplan für die Jahre 2018 bis 2022

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern im Vorfeld zur heutigen Sitzung ein Entwurf des Finanzplanes für die Jahre 2018 bis 2022 zugestellt wurde. Der Finanzplan wird erläutert.

Der Empfehlungsbeschluss des Finanzausschusses vom 22.01.2019, Nr. G188, wird bekanntgegeben.

Da im Verwaltungshaushalt die Einnahmen höher sind als die Ausgaben, verändert die Kostenerstattung i.H.v. 330.800 € für die E-Bus-Linie nicht das Gesamtvolumen des Haushaltes.

Die endgültigen Ansätze im Finanzplan sind daher um 330.800 € niedriger als die voraussichtlichen Ansätzen wie im Finanzausschuss beschlossen.

Die voraussichtlichen Abschluss-Summen betragen:

2018: 293.610.150,00 €
2019: 313.720.000,00 €
2020: 262.405.300,00 €
2021: 220.766.300,00 €
2022: 184.914.300,00 €

Die endgültigen Abschluss-Summen betragen:

2018: 293.610.150,00 €
2019: 313.720.000,00 €
2020: 262.074.500,00 €
2021: 220.435.500,00 €
2022: 184.583.500,00 €.

Beschluss: 23 : 0

Dem im Entwurf vorgelegten Finanzplan für die Jahre 2018 bis 2022, der jeweils in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen ist, wird mit folgenden Abschluss-Summen zugestimmt:

2018: 293.610.150,00 €
2019: 313.720.000,00 €
2020: 262.074.500,00 €
2021: 220.435.500,00 €
2022: 184.583.500,00 €.

AZ 943
Finanzen

62. Sitzung des Gemeinderates vom 07.02.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

848

23

Haushalt 2019 (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Finanzausschuss) **Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019**

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern im Vorfeld zur heutigen Sitzung ein Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2019 zugestellt wurde.

Der Finanzausschuss empfiehlt mit Beschluss vom 22.01.2019, Nr. G189, die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 zu erlassen.

Beschluss: 23 : 0

Die im Entwurf beiliegende Haushaltssatzung 2019 wird zum 01.01.2019 erlassen und als Anlage zur Niederschrift erklärt.

AZ 941
Finanzen

849

23

Förderung von Saatgut für Blühwiesen im Gemeindegebiet von **Unterföhring (Empfehlungsbeschluss aus dem Umwelt- und** **Energieausschuss)**

Der Bürgermeister gibt aus dem Umwelt- und Energieausschuss den Beschluss vom 29.11.2018 Nr. 41 bekannt.

Das Gremium des Umwelt- und Energieausschuss sprach sich am 29.11.2018 für eine Förderung von Saatgut für Blühwiesen aus. Die Verwaltung wurde mit der Ausarbeitung der Förderung des Saatguts beauftragt.

Die Förderung von Saatgut für Blühwiesen für Grundstücke mit Wohnbebauung im Gemeindegebiet soll ab 2019 in Kraft treten. Antragsberechtigt sind die Eigentümer oder der Vertretungsberechtigte. Die Förderung sollte zunächst befristet über einen dreijährigen Zeitraum ermöglicht werden. Vor Ablauf dieses Zeitfensters ist das Gremium ein Bericht über die die Förderungsbeanspruchung über Saatgut für Blühwiesen vorzulegen. Das Gremium soll anhand der ermittelten Daten über eine weitere Förderungsperiode entscheiden.

Die Förderung ist durch den Grundstückseigentümer oder durch dessen Vertretungsberechtigten vor Maßnahmenbeginn zu beantragen. Der Antragsteller soll anhand einer Skizze oder Luftbild, welches bspw. über diverse Kartendienste im Internet ausdrückbar ist, die vorgesehenen Flächen markieren und die jeweilige Flächengröße aufzeigen, dies ist dem Förderantrag beizulegen. Dadurch soll dem Fördergeber die Flächengröße

62. Sitzung des Gemeinderates vom 07.02.2019

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

und genauere Verortung aufgezeigt werden. Die Mindestfläche von 20 m² soll erreicht werden, maximal wird eine Gesamtfläche von 1 ha gefördert. Die Teilflächen sind einzeln in ihrer Größe anzugeben und müssen im gesamten $\geq 20 \text{ m}^2$ und maximal $\leq 1 \text{ ha}$ betragen.

Die angedachte Samenmischung des Antragstellers ist mit Namen, Preis, Hinweisen zur Aussaat, z. B. durch Kopie der Produktbeschreibung oder ähnlichem, mit dem Antrag einzureichen.

Folgende Aspekte sollten für das angedachte Saatgut berücksichtigt werden:

- mehrjährige Mischung des Saatguts
- Hinweis über Blumenwiese Blumen oder zur Förderung von Bienen, Schmetterlingen usw. in der Produktbeschreibung
- Förderung ab $\geq 10,00 \text{ €}$ bis zu $\leq 1.000,00 \text{ €}$ 1:1 des Warenwerts, brutto
- verwendbar für den regionalen Naturraum des Gemeindegebiets (Region Nr. 8 Alpenvorland, Unterbayerische Hügel- und Plattenregion)

Die Förderung kann innerhalb dieser 3 Jahre von einem Fördernehmer beantragt werden.

Nach Prüfung des Antrags und Ausstellung einer Zusage durch die Gemeinde, soll der Antragsteller selbstständig bei einschlägigen Fachhändlern Saatgut erwerben. Die Quittung des Kaufpreises ist der Verwaltung alsbald, spätestens ein Monat nach Kaufdatum, vorzulegen. Nach Prüfung soll per Banküberweisung die Fördersumme, auf das im Förderantrag genannte Konto, ausbezahlt werden.

Zu den genannten Aspekten wurde ein Förderantrag (Stand 31.01.2019) entworfen und dem Gremium zugestellt.

Der Fördernehmer erhält nach Bewilligung der Förderung, seitens der Gemeinde einen Pflegehinweis und Förderkennzeichnung(en), die auf der Förderfläche, leserlich, über den Förderungszeitraum anzubringen ist(sind). Dies erfolgt über Pflanzschilder aus Zinkblech mit 55 cm Gesamthöhe. Die Zinkbleche (70,0x29,7 mm) können individuell mit Etiketten beschriftet werden. Für die Kennzeichnung sind Kosten von ca. 200,00 €/100 Stück zurechnen und sollten von der Gemeinde getragen werden. Die Förderung von Saatgut für Blühwiesen wird damit für Passanten oder Hausbewohner kenntlich gemacht.

62. Sitzung des Gemeinderates vom 07.02.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Es werden mit anfallenden Kosten in Höhe von ca. 5.000-8.000€/jährlich, brutto gerechnet. Die erforderlichen Mittel sind für die nächsten drei Jahre im Haushalt einzustellen.

Beschluss: 23 : 0

Das Gremium folgt dem Empfehlungsbeschluss des Umwelt- und Energieausschuss vom 29.11.2018 Nr. 41 dem Grund nach, mit folgenden Präzessionen:

Die Saatgutförderung soll für Eigentümer von Grundstücken mit Wohnbebauung im Gemeindegebiet beantragt sein. Die Förderbedingungen sind bis zum 31.12.2021 vorerst befristet.

Die Verwaltung wird beauftragt die Förderkennzeichnung zu beschaffen. Die Saatgutförderung für Blühwiesen soll im Gemeindeblatt, der Gemeindehomepage und mittels Aushang bekannt gemacht werden.

Die Verwaltung wird beauftragt dem Gremium in drei Jahren, also Ende 2021, einen Sachstandsbericht über die Saatgutförderung für Blühwiesen zur Entscheidung einer weiteren Förderperiode vorzulegen.

Es ist eine neue Haushaltsstelle im Verwaltungshaushalt im Unterabschnitt 36020 Naturschutz und Landschaftspflege zu schaffen. Die erforderlichen Mittel von 15.000-24.000 € sind für die nächsten drei Jahre in den Haushalt einzustellen.

AZ 72
Bauamt

850 23 Neuaufstellung (Aktualisierung) des Flächennutzungsplanes Unterföhring; weitere Festlegungen von Flächen

Der Bürgermeister erinnert an die Gemeinderatsbeschlüsse vom 12.04.2018, Nr. 712, in welchem die Abwägungen gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB zur Neuaufstellung (Aktualisierung) des Flächennutzungsplanes Unterföhring beschlossen wurden.

Außerdem gibt der Bürgermeister die ergänzende Stellungnahme des Landratsamtes München im Rahmen der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 49d/17, Oktavian an der Münchner Straße 12, 14 und 16, vom 28.01.2019 (eingegangen bei der Gemeinde am 1.2.2019) bekannt. In dieser Stellungnahme teilt das Landratsamt München mit, dass im Nachgang zur vorherigen Stellungnahme

62. Sitzung des Gemeinderates vom 07.02.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

gemäß § 4 Abs. 2 BauGB nochmals eingehend die Frage diskutiert wurde, ob der Vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 49d/17 dem planungsrechtlichen Entwicklungsgebot aus § 8 Abs. 2 Satz 1 BauGB ausreichend Rechnung trägt. Die Ausführungen des Landratsamtes München vom 09.01.2019 müssen deshalb dahingehend ergänzt werden, dass sich der Vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 49d/17 nicht aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

Dieser stellt im Bereich des im Bebauungsplanes Nr. 49d/17 festgesetzten Teilbereich T2 ein Gewerbegebiet dar. Die nach den vorgesehenen Festsetzungen dort zulässige Nutzung eines Beherbergungsbetriebes mit einer möglichen längerfristigen Aufenthaltsdauer von bis zu sechs Monaten, ist aber in einem Gewerbegebiet bekanntermaßen nicht zulässig. Das geplante Nutzungskonzept ist im Hinblick auf die angestrebte maximale Aufenthaltsdauer auch nicht mehr so stark an einen in einem Gewerbegebiet zulässigen Beherbergungsbetrieb angenähert, als dass man hieraus noch auf ein „sich entwickeln“ aus dem Flächennutzungsplan schließen könnte.

Das Landratsamt München hält es daher für geboten, den Flächennutzungsplan für diese Fläche anzugleichen und ein „Sondergebiet“ darzustellen. Die erforderliche Angabe der Zweckbestimmung könnte z.B. lauten: „Sondergebiet – gewerblicher Beherbergungsbetrieb mit einer Aufenthaltsdauer von bis zu sechs Monaten.“

Die Stellungnahme des Landratsamtes München vom 28.01.2019 wurde dem Gremium zugestellt.

Dem Gremium wurde außerdem eine Gegenüberstellung des betreffenden Teilausschnitts im Flächennutzungsplan der Grundstücke an der Münchner Straße 12 und 14, Fl.Nrn. 1189/40 (5.755m²) und 1189/109 (5984m²), in der bisherigen Fassung vom 12.04.2018 als Gewerbegebiet sowie die neue Darstellung als Sondergebiet – gewerblicher Beherbergungsbetrieb mit einer Aufenthaltsdauer von bis zu sechs Monaten, in der Fassung vom 07.02.2019, zugestellt.

Weiter wird an den Gemeinderatsbeschluss vom 08.11.2018, Nr. 803, erinnert, in dem eine Fläche von 7.600 m² für die erforderliche Erstaufforstung (Wald) als Ersatzaufforstung für die Waldflächen auf dem Grundstück des Sportparks, Fl.Nr. 224, zu finden ist.

Weiter bringt der Vorsitzende zur Kenntnis, dass das Amt für Ernährung Landwirtschaft und Forsten (AELF) Ebersberg, mit Schreiben vom 06.03.2018 im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 2 BauGB eine Fläche von 7.600 m² für eine Erstaufforstung (Wald) forderte, die im Flächennutzungsplan darzustellen ist.

Dieser Forderung konnte zwischenzeitlich nachgekommen werden und die erforderlichen Flächen wurden nunmehr nahe des Unterföhringer Sees (Poschinger Weiher) als Flächen mit der Signatur „Wald“ im Flächennutzungsplan dargestellt. Diese Teilfläche von rund 7.600 m² (aus der

62. Sitzung des Gemeinderates vom 07.02.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Fl.Nr.1205/4 mit rund 76.012 m²) muss noch amtlich herausgemessen werden und geht in das Eigentum der Gemeinde über.

Das AELF Ebersberg hat mit Schreiben vom 24.01.2019 bestätigt, dass den vorgebrachten Einwendungen im Verfahren nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB Rechnung getragen wurde. Dieses Schreiben wurde dem Gremium zugestellt.

Dem Gremium wurde darüber hinaus eine Gegenüberstellung des betreffenden Teilausschnitts im Flächennutzungsplan des Unterföhringer Sees (Poschinger Weiher), in der bisherigen Fassung vom 12.04.2018 sowie die neue Darstellung mit der Signatur „Wald“, Stand 07.02.2019, zugestellt.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Guist stellt einen Geschäftsordnungsantrag nach § 22 Absatz 3 GeschO auf getrennte Abstimmung.
Dabei soll über den Teil zum „Oktavian an der Münchner Straße 12, 14 und 16“ getrennt abgestimmt werden.

Der Vorsitzende lässt zu nächst über die Zulassung dieses Antrags abstimmen:

Beschluss: 23 : 0

Nachdem damit der Geschäftsordnungsantrag zugelassen ist lässt der Vorsitzende nun über den Antrag selbst abstimmen.

Beschluss: 23 : 0

Über den Teil zum „Oktavian an der Münchner Straße 12, 14 und 16“ wird getrennt abgestimmt.

Nachdem der Antrag angenommen ist lässt der Vorsitzende nun über den Tagesordnungspunkt abstimmen.

Der Gemeinderat spricht sich wie folgt für die Darstellung folgender Gebietskategorien im Flächennutzungsplan aus:

Beschluss: 20 : 3

Oktavian an der Münchner Straße 12, 14 und 16

Die Fl.Nrn. 1189/40 und 1189/109 sind anstelle von Gewerbegebiet künftig als Sondergebiet – gewerblicher Beherbergungsbetrieb mit einer Aufenthaltsdauer von bis zu sechs Monaten. Das Grundstück mit der Fl.Nr. 1189/108 (Münchner Straße 16) bleibt wie bisher als Gewerbegebiet dargestellt.

62. Sitzung des Gemeinderates vom 07.02.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschluss: 23 : 0

Aufforstungsfläche Wald

Eine noch herauszumessende TFI. Von rund 7.600 m² aus der Fl.Nr. 1205/4 (76.012 m²) ist anstelle von Grünfläche künftig als Wald darzustellen.

Der Flächennutzungsplan erhält das Fassungsdatum 07.02.2019.

Das Verfahren gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB ist durchzuführen.

AZ 611

Bauamt

851

23

Feststadl Unterföhring, Festlegung des Verhandlungsgremiums

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 13.12.2018, Nr. 814, in Erinnerung, mit welchem sich das Gremium für die vorgelegte Planungsvariante V4, Stand 13.12.2018, aussprach. Die Verwaltung wurde für die nächsten Schritte zur Realisierung des Feststadls ermächtigt. Die geschätzten Gesamtkosten in Höhe von 3 Mio Euro brutto (HHSt. 33210.9420 und 33210.9490), angelehnt an die vorgelegte Kostenschätzung, Stand 06.12.2018, wurden genehmigt.

Für die Realisierung des Feststadls als Systembau wurde die nationale öffentliche Ausschreibung mit Verhandlungsverfahren nach vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb gewählt und das Bewerbungsverfahren am 21.12.2018 in der Bayerischen Staatszeitung ausgeschrieben. Nachdem die geschätzten Kosten den Schwellwert von für Bauaufträge (VOB) in Höhe von derzeit 5.548.000,- netto nicht übersteigen, findet ein nationales Vergabeverfahren statt. Die Vorschriften des Gesetzes zur Wettbewerbsbeschränkung (GWB), für den Oberschwellenbereich sowie die Richtlinien für Planungswettbewerbe finden keine Anwendung.

Es haben insgesamt sieben Firmen die Teilnahmeanträge angefordert. Zum Abgabetermin am 23.01.2019 wurden insgesamt vier Teilnahmeanträge eingereicht.

Parallel hierzu wurden die weiteren technischen Details sowie die Planungsvariante 4, Stand 13.12.2018, aufeinander abgestimmt und die funktionale Leistungsbeschreibung auf Grundlage der bisherigen Planungsvorgaben sowie den gesetzlichen Rahmenbestimmungen erstellt. Es wurden alle vier Teilnehmer zum Verhandlungsverfahren zugelassen und zur Abgabe eines Erstangebotes zum Verhandlungsgespräch aufgefordert.

Die Verhandlungsgespräche sollen unter Einbeziehung des Gemeinderates nach Benennung der jeweiligen Vertreter sowie Vertretern der Objektplanung, Fachplanung und Verwaltung erfolgen.

62. Sitzung des Gemeinderates vom 07.02.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Folgende Terminschiene ist derzeit angedacht:

1. Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebotes
KW 06/2019 (04.02.-08.02.2019)
2. Verhandlungsgespräche
KW 11/2019 (11.03.2019 – 15.03.2019)
3. Abgabe Finalangebot
KW 13/2019 (25.03.2019-29.03.2019)
4. Auftragsvergabe im Gemeinderat voraussichtlich am 10.04.2019

Die Vertreter für das Verhandlungsgremium sowie die Teilnehmer aus der Mitte des Gremiums sind durch diesen entsprechend zu benennen.

Für die Wertung der Angebote wird folgende Gewichtung vorgeschlagen:

Preis: 60 % (60 Punkte)

Qualität: 40%, diese untergliedert in Unterkriterien: 40 Punkte

Kriterium	Gewichtung
Fassadengestaltung	25 %
Saalgestaltung und Nutzungskonzept	10 %
Funktionalität	5 %

Beschluss: 19 : 4

Der Gemeinderat legt für die Durchführung der Verhandlungsgespräche folgende Mitglieder (Bewerter) für das Verhandlungsgremium fest:

- Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier
- PWU-Fraktion: Herr Udo Guist Stellvertreter: Frau Gertrud Mörike
- CSU-Fraktion: Herr Manfred Axenbeck Stellvertreter: Frau Betina Mäusel
- SPD-Fraktion: Herr Manfred Unterstein Stellvertreter: Herr Philipp Schwarz
- Bündnis90/Grüne: Frau Gisela Fischer Stellvertreter: Herr Johannes Mecke
- Objektplanung Ekert + Probst, München
- Fachplanung ELT R. Wieder GmbH, Erding
- Fachplanung HLS allwärme GmbH, Unterföhring
- Fachplanung Tragwerksplanung Eberhard Ingenieurbüro, München

Darüber hinaus sind Vertreter der Verwaltung und weitere Berater hinzuzuziehen (keine Bewerber).

Für die Angebotserstellung einschließlich Teilleistungen (Grundriss, Ansichten, Schnitt) der Vorplanung (LPh 2 HOAI) wird eine einmalige Bearbeitungspauschale für Erst- und Finalangebot in Höhe von 5.000,- € brutto je Teilnehmer gewährt.

62. Sitzung des Gemeinderates vom 07.02.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Für die Bewertung der Angebote wird folgende Gewichtung festgelegt:

Preis: 55 % (55 Punkte)

Qualität: 45%, diese untergliedert in Unterkriterien: 45 Punkte

Kriterium	Gewichtung	Punkte
Fassadengestaltung	15 %	15 Punkte
Saal-/ Stüberlgestaltung	15 %	15 Punkte
Funktionalität	15 %	15 Punkte

Die Ausgaben der Auftragsvorbereitung sind unter der Haushaltsstelle 33210.9490 zu verbuchen.

AZ 611

Bauamt

852 23

Neubau der Freiwilligen Feuerwehr (FFW) Unterföhring an der Münchner Straße; abschließende Festlegung der Fachpreisrichter

In der Sitzung des Gemeinderates am 10.01.2019, Nr. 829, wurde der Besetzung des Preisgerichts für den Neubau der Freiwilligen Feuerwehr an der Münchner Straße mit folgenden Mitgliedern zugestimmt:

Fachpreisrichter mit Stimmrecht:

- 1. Frau Burkhardt, Burkhardt Engelmayer; München
- 2. Herr Spengler, steidle architekten; München
- 3. Herr Heynig, agn architekten; Halle/Saale
- 4. Herr Nagel-Hirschauer, Schmidt Schicketanz Architekten; München
- 5. Herr Repper, BLAUWERK architekten, München
- 6. N.N.....

sowie ein ständig anwesender, stellvertretender Fachpreisrichter
(Stimmrecht nur bei Ausfall eines Fachpreisrichters)

- N.N.....

Die Verwaltung wurde ermächtigt die noch nicht benannten
Fachpreisrichter (N.N.) zu beauftragen.

Aufgrund Terminverschiebungen und nachträglicher Absagen einzelner Fachpreisrichter mussten die fehlenden Fachpreisrichter neu gefunden werden. Der Projektsteuerer Drees & Sommer hat zwischenzeitlich folgende Architekten gewinnen können und eine definitive Zusage erhalten. Aus Redundanzgründen wurden zwei stellvertretende Fachpreisrichter benannt, von denen aber immer nur einer an den Sitzungsterminen (Vorbesprechung, Preisgericht, Rückfragenkolloquium) teilnehmen wird.

Nachstehend sind alle Fachpreisrichter mit Stimmrecht (in alphabetischer Reihenfolge) aufgeführt, die endgültig für das Preisgericht zugesagt haben:

62. Sitzung des Gemeinderates vom 07.02.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

- 1. Herr Castorph, Goetz Castorph Architekten und Stadtplaner, München
- 2. Herr Engelmayer, Burkhardt Engelmayer Landschaftsarchitekten Stadtplaner, München
- 3. Herr Nagel-Hirschauer, Schmidt-Schicketanz Architekten, München
- 4. Herr Repper, BLAUWERK architekten, München
- 5. Herr Scheller, Palais Mai, München
- 6. Herr Spengler, steidle architekten, München

Stellvertretende Fachpreisrichter (mit Stimmrecht bei Einsatz):

- 1. Herr Dennerle, Schwinde Architekten Partnerschaft, München
- 2. Frau Gerstner, Adler & Olesch Landschaftsarchitekten BDLA, München

Diese geänderte Besetzung wurde in den Auslobungstext Stand: 21.01.2019 eingearbeitet.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat stimmt der geänderten Besetzung des Preisgerichtes für den Neubau der Freiwilligen Feuerwehr an der Münchner Straße mit folgenden Mitgliedern zu:

Fachpreisrichter mit Stimmrecht:

- 1. Herr Castorph, Goetz Castorph Architekten und Stadtplaner, München
- 2. Herr Engelmayer, Burkhardt Engelmayer Landschaftsarchitekten Stadtplaner, München
- 3. Herr Nagel-Hirschauer, Schmidt-Schicketanz Architekten, München
- 4. Herr Repper, BLAUWERK architekten, München
- 5. Herr Scheller, Palais Mai, München
- 6. Herr Spengler, steidle architekten, München

Stellvertretende Fachpreisrichter (mit Stimmrecht bei Einsatz):

- 1. Herr Dennerle, Schwinde Architekten Partnerschaft, München
- 2. Frau Gerstner, Adler & Olesch Landschaftsarchitekten BDLA, München

Bzgl. der Besetzung des Preisgerichts (Fachpreisrichter und Stellvertreter) wird der Beschluss des Gemeinderates vom 10.01.2019, Nr. 829, geändert.

AZ 611
Bauamt

62. Sitzung des Gemeinderates vom 07.02.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

853

23

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 2/19 Veröffentlichung Sitzungsniederschriften auf Homepage

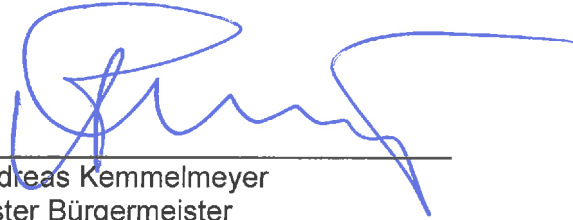
Der Vorsitzende informiert darüber, dass in Kürze die Sitzungsniederschriften zu den öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats und der Ausschüsse über die gemeindliche Homepage abrufbar sein werden.

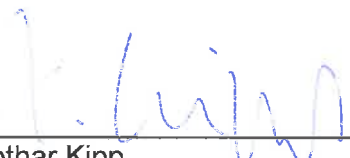
Hierfür wird das bereits bestehende Ratsinformationssystem, mit dem die Gemeinderäte bereits seit einiger Zeit arbeiten, verwendet.

Künftig können über diesen Weg dann auch die Tagesordnungen zu den öffentlichen Sitzungen eingesehen werden.

AZ 024
Hauptamt

Nachdem keine Anfragen aus dem Gremium gestellt werden bedankt sich der Vorsitzende beim Gremium sowie den Zuhörern, wünscht allen einen guten Heimweg und einen schönen Abend und schließt die Sitzung um 21:05 Uhr.



Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Lothar Kipp
Schriftführer